

(A) **Petra Merkel** (Berlin) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Mir wurde empfohlen, meine Rede vorzulesen.

(Beifall des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP])

Das will ich Ihnen lieber ersparen. Herr Otto, ich glaube, das wäre nicht gut.

Ich habe den Eindruck, dass unser Kulturstaatsminister Neumann in einer guten Kontinuität steht. Vieles, was Herr Börnsen gerade gesagt hat, war sorgfältig vorbereitet. Ich will die Verdienste von Herrn Neumann überhaupt nicht schmälern. Ich glaube, Sie haben sich wirklich wacker geschlagen und viel für den Kulturbereich herausgeholt. Schon im Regierungsentwurf war eine erhebliche Steigerung der Mittel zu verzeichnen. Ich will auch darauf hinweisen, dass Herr Kampeter und ich als Vertreter der großen Koalition für diesen Bereich noch einiges dazugelegt haben. Insofern sind wir im Bereich Kultur alle sehr erfolgreich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ihr bejubelt euch selber!)

Herr Gysi, zu Ihnen: Es ist das zweite Mal gelungen, den Kulturetat zu steigern. Sowohl im Jahr 2006 als auch für das Haushaltsjahr 2007 gibt es Steigerungen, die Sie nicht wahrgenommen haben.

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Aber im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren!)

(B)

Wir haben dem Kulturhaushalt im Rahmen des Haushalts des Sanierens, Reformierens und Investierens allerdings nichts schenken können. Im Kulturhaushalt war für das Jahr 2007 eine **pauschale Minderausgabe** in Höhe von 17 Millionen Euro veranschlagt, die auf Wunsch der Haushälter der großen Koalition reduziert wurde, nämlich um 7 Millionen Euro. 10 Millionen Euro sind also im Laufe des Haushaltsjahres zu erwirtschaften. Das ist realistischere Weise zu schaffen.

Erfreulich ist, wie gesagt, dass der Kulturetat steigt, sowohl 2006 als auch 2007. Wir setzen mit diesem Etat sowohl im Bereich Film als auch im Bereich Musik neue Impulse. Die Film- und die Musikbranche sind eng mit der Wirtschaft verbunden. Insofern sind die eingestellten Mittel auch eine Spritze für die Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Wir fördern die **Filmproduktion** im kommenden Jahr mit insgesamt 60 Millionen Euro zusätzlich. Das bietet eine gute Chance zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in einer Branche, die häufig ein Bild von Deutschland exportiert.

Auch die „Initiative Musik“ soll einen Impuls setzen. Im Haushalt 2007 wird sie mit 1 Millionen Euro ausgestattet. Sie soll die Rahmenbedingungen für Musik und Musikwirtschaft verbessern. Diese Initiative soll mindestens drei Säulen umfassen: Nachwuchsförderung, Migration und Pädagogik sowie – auch hier wieder – Ex-

port, nämlich Export von Musik. Die Mittel sind gesperrt, damit das Konzept entwickelt und beraten werden kann. Dazu wird Gelegenheit sein.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Gestern war Welttag des Fernsehens. Ich komme zum Thema **Deutsche Welle**. Sie ist im Haushalt 2007 nicht von Kürzungen betroffen. In den vergangenen Jahren wurden von Intendanten Bettermann mit erheblichen Anstrengungen neue Strukturen geschaffen, die Wirkung zeigen. Ich möchte eine neue Perspektive hervorheben: die Kooperation von ARD und ZDF mit der Deutschen Welle. Die Deutsche Welle kann sich dadurch zu einem Auslandsfernsehen mit frischen Programmplanungen ausbauen. Neben den bewährten Produktionen der Deutschen Welle können dadurch mehr Informationen über Deutschland in alle Welt gesendet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das nützt dem Bild unseres Landes und der Vermittlung unserer Kultur.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollegin Merkel, ich habe Ihre Redezeit angehalten. Ich hatte die Kolleginnen und Kollegen schon vor Beginn Ihrer Rede darum gebeten, ihre Gespräche entweder draußen zu führen oder sie einzustellen. Ich finde, wir sollten uns, bevor wir zu dieser wichtigen Abstimmung kommen, auch noch die Argumente der letzten Rednerin in dieser Debatte anhören.

(D)

(Beifall im ganzen Hause)

**Petra Merkel** (Berlin) (SPD):

Da ich weiß, wie schwer das ist, wenn man zur Abstimmung in den Plenarsaal kommt, versuche ich, gegen die Unruhe anzureden.

Im Haushalt 2007 konnten wir die Mittel für die Deutsche Welle nicht aufstocken. Aber immerhin sind keine Kürzungen erfolgt. Die Kooperation zwischen ARD, ZDF und Deutscher Welle kann schrittweise aufgebaut und in verschiedenen Sendegebieten aufgenommen werden.

Die Deutsche Welle ist ein wichtiger Bestandteil des gesamten deutschen Engagements in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Ebenso wichtig sind aber auch die Mittlerorganisationen wie das **Goethe-Institut**. Auch wenn diese im Haushalt des Auswärtigen Amtes angesiedelt sind, möchte ich die große kulturelle Bedeutung ihrer Arbeit deutlich machen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Für ihre Arbeit stellen wir im Jahr 2007 13,5 Millionen Euro mehr zur Verfügung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die Bereiche Film und Musik, die Deutsche Welle und das Goethe-Institut sind nur wenige Beispiele, die

Petra Merkel (Berlin)

- (A) verdeutlichen, welche Schwerpunkte wir im Rahmen der Beratungen des Haushalts für das Jahr 2007 gesetzt haben. Diese Schwerpunkte werden ausstrahlen. Auch aufgrund der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird unser Land im Jahre 2007 ganz besonders im Mittelpunkt stehen.

Die vom Bundesbeauftragten für Kultur und Medien geförderten Institutionen und Projekte geben einen Überblick über die deutsche Geschichte. Denkmäler und symbolträchtige Orte ermöglichen Erinnerung, indem sie Geschichte erlebbar und spürbar machen. Viele solcher Orte sind in Deutschland zu finden. Eine besonders hohe Dichte gibt es in Berlin, der Hauptstadt der Bundesrepublik.

Die Mauer war ein Symbol dieser Stadt. Sie war das Symbol für die Teilung Deutschlands. Ich freue mich über das Ergebnis der Haushaltsberatungen, dass für die **Gedenkstätte an der Bernauer Straße** im Jahre 2008 3 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Auch dies ist ein Zeichen dafür, dass die Konzeption des Mauergedenkens, die vom Berliner Senat in Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Kulturausschuss des Bundestages und dem BKM erarbeitet worden ist, nun auch auf der Bundesebene in Angriff genommen werden kann.

- (B) Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas steht für die schlimmste deutsche Vergangenheit. Damit die Stiftung ihre gute Arbeit fortführen kann, haben wir die Mittel, die wir für die Stiftung zur Verfügung stellen, um 355 000 Euro erhöht. So können wir sicherstellen, dass die auch aufgrund der hohen Besucherzahlen wachsenden Anforderungen an die Stiftung bewerkstelligt werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Daran, dass viele Menschen dieses Denkmal besuchen, wird deutlich, dass die Entscheidung für ein solches Denkmal richtig war. In Anbetracht der vielen internationalen Besucher zeigt dieses Denkmal die europäische Aufgabe, aus der Vergangenheit für eine gemeinsame Zukunft zu lernen.

Nun komme ich auf das sichtbare Zeichen gegen **Flucht und Vertreibung** zu sprechen. Flucht und Vertreibung sind Teil der deutschen Geschichte. Auch dieser Teil unserer Vergangenheit ist im europäischen Zusammenhang zu sehen. Für dieses Zeichen haben wir im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens für das Jahr 2007 750 000 Euro zusätzlich in den Haushalt eingestellt, Frau Göring-Eckardt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Im Koalitionsvertrag heißt es:

Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um – in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung

und Solidarität über die bisher beteiligten Länder (C) Polen, Ungarn und Slowakei hinaus – an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.

Die Umsetzung dieses im Koalitionsvertrag gefundenen Kompromisses soll durch die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel ermöglicht werden.

(Beifall der Abg. Monika Griefahn [SPD])

Kern dieses sichtbaren Zeichens soll die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ des Hauses der Geschichte in Bonn sein, wie Kulturstaatsminister Bernd Neumann bei der Eröffnung der Ausstellung im Deutschen Historischen Museum Berlin angekündigt hat. Das ist die Grundlage dieser Initiative.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Im Haushaltsausschuss haben wir beschlossen, dass sich der Bund an der Sanierung der **Staatsoper Unter den Linden** beteiligen wird;

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr gut!)

das ist richtig. Die Sanierung der Staatsoper Berlin wird vom Bund mit 50 Millionen Euro unterstützt. Durch den Beschluss des Haushaltsausschusses tritt der Bund in Vorleistung. Damit zeigt er seine Bereitschaft – ich zitiere –,

für die Erhaltung eines national bedeutenden, einzigartigen Kulturdenkmals Verantwortung zu übernehmen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Dieses Zitat stammt aus der Presseerklärung von Steffen Kampeter, der an dieser Stelle ins Schwärmen geraten ist.

Die Finanzierung soll aufgeteilt werden: 50 Millionen Euro soll der Bund übernehmen, 50 Millionen Euro das Land Berlin und 30 Millionen Euro sollen von privaten Sponsoren aufgebracht werden. Wie es im Moment aussieht, wird darüber mit dem Berliner Senat verhandelt werden müssen. Herr Otto, im Hauptstadtkulturvertrag ist allerdings keine Festlegung in Bezug auf die Sanierung des Gebäudes erfolgt. So viel steht fest.

Ich komme zur Museumsinsel. Ich freue mich besonders, dass es gelungen ist, den Beginn der Arbeiten im Zuge der Errichtung des **Eingangsbäudes für die Museumsinsel** auf 2009 vorzuziehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Es soll dazu dienen, die schon jetzt anwachsenden Besucherströme ab 2015 auf der Insel zu verteilen. Die Museumsinsel entwickelt sich zu einem Magneten für Besucherinnen und Besucher aus allen deutschen Bundesländern und aus dem Ausland; Sie haben miterlebt, was sich seit der Eröffnung des Bode-Museums dort abspielt. Der Bund unterstützt den Bau des Eingangsbäudes mit insgesamt 73 Millionen Euro, die ab 2009 fließen. Bis 2015 soll die Umsetzung erfolgen.

**Petra Merkel (Berlin)**

- (A) Mir sei noch eine Bemerkung gestattet: Ich hoffe sehr, dass über die Form des Eingangsgebäudes noch diskutiert wird. Ich bin sicher, dass durch die Einstellung der entsprechenden Mittel ab 2009 jetzt die Auseinandersetzung darüber im Kulturausschuss beginnen kann. Über Geschmack lässt sich streiten. Liebe Kolleginnen und Kollegen im Kulturausschuss, bitte tun Sie es!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Der Bund investiert viel in Berlin, wenn auch nicht über die Haushaltskasse des Landes. Ich nenne die Sanierungsmaßnahmen auf der Museumsinsel, das Eingangsgebäude, das sind Bundesmittel für die Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“, an der Bundesländer und der Bund beteiligt sind. Vieles, was in Berlin zu sehen ist, ist eben von nationaler Bedeutung. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir im Rahmen der Föderalismusreform im Sommer dieses Jahres neben anderen, umfangreichen Grundgesetzänderungen einen Art. 22 aufgenommen haben:

Die Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt ist Aufgabe des Bundes. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.

Ich plädiere dafür, dass ein solches **Berlin-Gesetz** unter anderem den Hauptstadtkulturvertrag und den Hauptstadtkulturfonds ablösen sollte. Als Auftraggeber, als diejenigen, die das Grundgesetz geändert haben, müssen wir die Diskussion darüber führen, was der Bund für die Hauptstadt tun muss. Als Berlinerinnen und Berliner müssen wir die Diskussion führen, was die Hauptstadt den Bundesländern bietet. Als Bürger der Bundesrepublik müssen wir schließlich darüber diskutieren, welche Erwartungen an die Hauptstadt es gibt.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Während der Fußballweltmeisterschaft in diesem Sommer haben viele Menschen erlebt, was diese weltweite Hauptstadt Berlin unbezahlbar, selbstverständlich leisten kann – und das mit Freude tut.

Zum Schluss möchte ich darauf verweisen, dass das **Bundespresseamt**, dessen Etat zum Einzelplan des Bundeskanzleramts gehört, eine hervorragende Broschüre herausgegeben hat, die den Besucherinnen und Besuchern, die wir aus den Wahlkreisen nach Berlin einladen, überreicht wird: „Das politische Berlin – ein Stadtrundgang“. Das ist die gelungene Umsetzung einer Idee, die ich an das Bundespresseamt herangetragen habe. Ich glaube, dies dient genau dazu zu diskutieren, was die Hauptstadt ermöglicht und was wir erwarten. Diesen Diskussionsprozess brauchen wir.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, bei dem Herrn Staatsminister und den Vertretern der Ministerien.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(C)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 04, Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt, in der Ausschussfassung. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/3464? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke mit den Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 16/3465? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Union und der SPD bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und der Grünen.

Wir nehmen zwei Erklärungen zur Abstimmung zu Protokoll, nämlich der Kollegin Maria Michalk und des Kollegen Dr. Ilja Seifert<sup>1)</sup>, und kommen damit zur namentlichen Abstimmung über den Einzelplan 04 in der Ausschussfassung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Schriftführerinnen und Schriftführer an ihrem Platz? – Ich eröffne die Abstimmung.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

(D)

Bis zum Vorliegen des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von 13.23 bis 13.30 Uhr)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die unterbrochene Sitzung ist wiedereröffnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen. – Ich gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Einzelplan 04, Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt, in der Ausschussfassung bekannt – das betraf die Drucksachen 16/3104 und 16/3123 –: Abgegebene Stimmen 569. Mit Ja haben 419 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein haben 150 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Enthaltung. Damit ist der Einzelplan 04 angenommen.

<sup>1)</sup> Anlagen 2 und 3